

Die Wirtschaftskrise, das Menetekel für EU und Euro-Union

Die Krise läutete das Ende der US-Hegemonie ein und zieht den EU- und Euro-Ideologen den Boden unter den Füßen weg.

Vortrag von Hermann Patzak am 26.09.2010

Elementare zeitgeschichtliche Entwicklungen

Seit dem Entstehen des Globalkapitalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sind Politik und Kapital eine unheilvolle Symbiose eingegangen. Unter der Fahne des Neoliberalismus huldigten sie dem obersten Glaubenssatz: der von **Adam Smith im 18. Jahrhundert aufgestellten Hypothese der „unsichtbaren Hand“**. Er besagt, dass der freie Markt und das Gewinnstreben den Menschen den größtmöglichen Wohlstand bringt. Demnach braucht die Politik der Renditemaximierung in einer liberalen Marktwirtschaft nur freien Lauf zu lassen, um allen Menschen den größtmöglichen materiellen Wohlstand zu bringen.

Aus dem Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft unter der Ägide des Neoliberalismus ist eine neue Form der Weltherrschaft entstanden: Im Wechselspiel ermöglichte die imperiale Politik der USA ihrer Wirtschaft die Expansion und das Eindringen in alle Weltmärkte, umgekehrt lieferte die Wirtschaft der US-Politik die materielle Basis zur Erweiterung ihrer hegemonialen und imperialen Macht.

Die EU und Euro-Union sind ein Produkt dieses neuen Denkens, bei dem über den „Umweg Wirtschaft“ das politische Wunschgebilde eines integrierten Europas erzeugt werden sollte. Das ursprüngliche und eigentliche Motiv der über die Vorstufen Montanunion, EWG und EG entstandenen EU war die Einhegung der deutschen Wirtschaftskraft und ihre Nutzbarmachung für die eigenen ökonomischen und politischen Zwecke. Die politischen Gestalter Europas in der Nachkriegszeit wollten auf diese Art und Weise eine wirtschaftliche und politische Dominanz der größten Nation in Mitteleuropa ein für alle Mal verhindern. Euphemistisch nannte man das Ziel die Integration Europas.

Die US-Politik baute seit jeher auf die uneingeschränkten Kräfte des Marktes und des Kapitals, verdankt sie ihnen doch den Aufstieg zur Weltmacht. Nach dem Zerfall des kommunistischen Staaten-Blocks, insbesondere nach der Auflösung des Sowjetimperiums, ging es der US-Politik und dem von den USA dominierten Kapital in erster Linie darum, in dem jetzt frei zugänglichen Territorium der kommunistischen Blockstaaten Fuß zu fassen. Bisher unzugängliche Rendite-Felder hatten sich, insbesondere für das anglo-amerikanische Finanzkapital, aufgetan, um die sich allerdings auch das Kapital der US-Satellitenstaaten balgte. Dem Kapital musste zu diesem Zweck noch mehr Freiraum gegeben werden. In dem Taumel der weltweit inszenierten Deregulierungen wurde auch die in Deutschland aufgebaute „Soziale Marktwirtschaft“ ausgelöscht.

Doch die Amerikaner verloren die Kontrolle über die Kräfte, die sie geweckt hatten. Ihre unerschöpflichen Quellen der Geld- und Kreditvermehrung wurden ihnen selbst zum Verhängnis. In den Jahren zuvor hatten es die USA verstanden, aus allen Teilen der kapitalistischen Welt Kapital anzulocken, das an den Geld- und Kreditschöpfungsorganen in den USA mitverdienen wollte. Selbst die Kirchenorganisationen der beiden großen Konfessionen in Deutschland konnten den Verlockungen nicht widerstehen. Die Kapitalströme der renditegerierenden Anleger verhinderten in dieser Zeit eine größere Abwertung des

Dollar, die infolge des notorischen US-Handelsbilanzdefizites unweigerlich eingetreten wäre.

Seit Ende Juli 2007 breitete sich, von den USA ausgehend, die Weltfinanzkrise aus, die zur Weltwirtschafts- und jetzigen Staatsschuldenkrise mutierte.

Eine Weltwirtschaftskrise dieses Ausmaßes hatten die Konstrukteure von EU und Euro in ihren Planungen nicht vorgesehen. Die EU – und vor allem die Euro-Gemeinschaft – waren zum Zweck der Einkommensumverteilung und als Haftungsgesellschaft konzipiert worden, auch wenn dies in der vertraglichen Ausgestaltung ausdrücklich verneint (No Bail Out-Klausel) wurde. Die Volkswirtschaften der EU- und Euro-Staaten hatten sich gerade wegen der besonderen EU- und Euro-Regulierungen – auf die im einzelnen noch eingegangen wird – auseinander entwickelt, obwohl eigentlich das Gegenteil hätte eintreten sollen!

Die Krise deckte jetzt auf, dass nicht zusammengehört, was nicht zusammen passt! Um ihre fixe Idee – den Euro – zu retten, musste das politische Führungspersonal der EU-Länder die in langen Prozeduren ausgehandelten Verträge brechen, um die Zahlungsfähigkeit Griechenlands, Spaniens, Portugals und Irlands zu garantieren. Anfang Mai 2010 schnürten sie in aller Hast zwei sogenannte Rettungspakete im Wert von 110 + 750 Mrd. Euro, die die von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten überschuldeten Euro-Staaten an der Peripherie Europas und den Euro retten sollen.

Ist Deutschland der eigentliche Gewinner des Euro und der EU?

Diese Behauptung geisterte durch die Medien, als die deutschen Politiker vor der Entscheidung standen und –für einen kurzen Moment – zögerten, den von der Zahlungsunfähigkeit bedrohten Euro-Ländern mit Krediten und Bürgschaften unter die Arme zu greifen. Es mag nicht wenige Deutsche geben, die sich das Argument in gewohnter Bußfertigkeit „zu Herzen“ nahmen. Wir wollen der Frage nachgehen, ob die Deutschen wirklich zu den Gewinnern der EU und des Euro gezählt werden können?

Einkommensumverteilungen in Europa waren von Anfang an das vorrangige Ziel der EU. Sie kommen auf verschiedenen Wegen zustande:

Die Netto-Zahlungsländer entrichten mehr Zahlungen an die EU-Kassen als sie bekommen, die Differenz erhalten die Netto-Empfänger Länder als Subventionen.

Die vor der Euro-Einführung hochverschuldeten Länder mit hohen Inflationsraten erhielten mit dem Euro eine „Eurodividende“, weshalb ihre Kreditzinsen für Staat und Privatwirtschaft erheblich sanken.

Das Austauschverhältnis im Güter- und Leistungsverkehr zwischen den Euro-Staaten der vormaligen Inflationsländer (Terms of Trade) verschlechterte sich wegen der gemeinsamen Währung (Euro) nicht mehr. In den Jahrzehnten zuvor mussten die hochverschuldeten Inflationsländer ihre Währungen ständig abwerten, weshalb sie für ihre Importe immer mehr (in ihrer Währung) bezahlen mussten.

Die peripheren EU- und Euro-Länder waren Niedriglohnländer. Zu ihrem Lohnkostenvorteil kam der Wegfall des Währungsrisikos, was die Standortverlagerungen in diese Länder erheblich verstärkte.

Auch der Geldhandel bzw. die Kreditgeschäfte der Banken und Versicherungen profitierten von dem gemeinsamen Euro-Markt. Alle Großbanken Europas (nicht nur Deutsch-

lands) und der Welt drängen in die neuen Euro-Volkswirtschaften, die in den Jahren zuvor unter den hohen Zinsen (Inlandsinflation und Abwertungsdruck) gelitten hatten.

Mit der Einführung des Euro wurden alle deutschen Unternehmen, nicht nur die ganz großen „Brocken“ wie die Höchst- oder Mannesmann-AG, für die Aufkäufer des internationalen Finanzkapitals erschwinglich. Der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft erreichte neue Rekordstände.

Die aufgezählten Wirkungskräfte hatten zur Folge, dass Wirtschaft und Wohlstand in den begünstigten Ländern stärker angestiegen sind als in Deutschland. Die deutschen Wachstumsraten sanken und in der Rangliste des Pro-Kopf Einkommen wurden die Deutschen immer weiter nach unten durchgereicht, wie die nachstehende Tabelle des Pro-Kopf Einkommens der wichtigsten EU-Länder im Jahr 2003 zeigt:¹

BNE 2003 Land	BNE / Kopf	Einwo(Mio) in 2000	BNE in Mio. €
Luxemburg	47.183	0,4	20.459
Schweden	29.791	8,9	263.991
Niederlande	27.593	15,9	437.734
Österreich	27.274	8,0	218.252
Finnland	27.234	5,2	140.835
England	27.179	58,8	1.597.724
Belgien	26.470	10,2	271.029
Frankreich	26.102	58,8	1.536.091
Deutschland	25.616	82,2	2.104.700
Italien	22.340	56,9	1.271.672
Summe			7.862.485

Von den in der Tabelle aufgezählten Ländern hatten nur die Italiener ein geringeres Pro-Kopf Einkommen als die Deutschen!

Die Einkommensumverteilung von den EU-Nettozahlern zu den EU-Nettoempfängern

Die Bedeutung und das Ausmaß, die die Nettozahlungen auf der einen und die Nettosubventionen auf der anderen Seite in der EU haben, soll hier beispielhaft an den Zahlen aus dem Jahr 2008 veranschaulicht werden.²

Die nachstehende Tabelle zeigt: Deutschland zahlte mit 7.836 Mio. € nicht nur den absolut größten Beitrag in die EU-Kasse, sondern auch mit 95,20 € den größten Nettobeitrag pro Kopf. Die untere Hälfte der Tabelle macht deutlich, warum sich immer mehr Länder an die Futtertröge der EU drängen. Griechenland war demnach, absolut und pro Kopf gerechnet, der größte Leistungsempfänger. Die einkassierten 6,2 Mrd. Euro entsprechen rund 2,6 Prozent seines gesamten Bruttoinlandsproduktes (BIP)!

¹ Quelle: Franz-Ulrich Willeke: „Tatsächliche und angemessene Nettobeiträge“; Jahrbuch für Wirtschaftswissenschaften, Heft 2, 2007.

² Zahlen aus (1) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23.09.2009, Seite 11, sowie aus Bevölkerungs- und BIP-Zahlen aus EuroStat: http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/main_tables. Alle Zahlungen aus den Jahren 1955 bis 2008 wurden in den Aufsätzen „EU und Euro am Abgrund“, Folge 9-11 ausführlich behandelt. Es kommt zu keinen signifikanten Abweichungen und Aussagen. Siehe: www.hpatzak.de

1	2	3	4
Jahr 2008	Netto	Einwohner	Nettozahlg.
Nettozahler	Mio. Euro	Mio. 2007	€ je Kopf
Deutschland	7.836	82,3	95,20
Italien	4.637	59,1	78,42
Frankreich	4.495	61,5	73,04
Niederlande	1.551	16,4	94,82
England	993	60,9	16,32
Σ bzw. Ø	19.512		
Griechenl.	-6.201	11,2	-555,06
Polen	-4.330	38,1	-113,57
Portugal	-2.642	10,6	-249,27
Spanien	-2.461	44,5	-55,33
Rumänien	-1.538	21,6	-71,32
Summe	-17.172		

Die Tabelle enthält die üblichen, in den Medien veröffentlichten Zahlen. Doch Medien und Politik arbeiten mit „gezinkten Karten“. Die Zahlen liefern nur ein verzerrtes Bild der wirklichen **Belastung, die von den einzelnen Bürgern zu tragen** ist. Es kommt nämlich **nicht darauf an, wie groß der Nettobeitrag pro Kopf ist**, sondern darauf, **wie groß die Nettozahlung pro Kopf im Verhältnis zu dem Pro-Kopf Einkommen ist, das der Einzelne im jeweiligen Land erzielt**. Es ist nämlich ein

großer Unterschied, ob die Nettozahlung je Kopf in Höhe von 95 € z.B. von einem Pro-Kopf Einkommen von 30.000 € oder von 40.000 € abgezogen wird.

Um die tatsächliche Belastung des einzelnen Bürgers einer Volkswirtschaft zu erfassen, müssen wir unsere Tabelle deshalb erweitern:

1	2	3	4	5	6	7
Jahr 2008	Nettozahlg.	Einwohner	Nettozahlg.	BIP	BIP	Netzalg/Ko
Nettozahler	Mio. Euro	Mio. 2007	€ je Kopf	in Mio. €	je Kopf	in%BIP/Ko
Deutschland	7.836	82,3	95,20	2.495.800	30.320,15	0,314%
Italien	4.637	59,1	78,42	1.567.851	26.514,75	0,296%
Frankreich	4.495	61,5	73,04	1.943.436	31.580,91	0,231%
Niederlande	1.551	16,4	94,82	595.883	36.427,64	0,260%
England	993	60,9	16,32	1.818.948	29.890,94	0,055%
Σ bzw. Ø	19.512			8.421.918	Ø	0,231%

Jetzt stellen wir die Frage, wie viel Prozent beträgt die Nettozahlung je Kopf der Deutschen (Spalte 4, in Höhe von 95,20 €), gemessen am BIP/je Kopf in Höhe von 30.320 €? Es sind 0,314 Prozent (Spalte 7)! Verglichen mit den Zahlungen der anderen Länder (ebenfalls in Spalte 7 berechnet) ist das die mit Abstand höchste Belastung.

Vergleichen wir diese Belastung mit der eines Engländers, der bei einem Pro-Kopf Einkommen von 29.894 Euro nur mit 0,055 Prozent belastet wird, so zeigt sich, dass dessen Belastung (0,055 Prozent) nur ein Sechstel beträgt. Oder anders gesagt, jeder Deutsche zahlt sechsmal so viel in die EU-Kasse wie ein Engländer!

Vergleichen wir die Belastungen eines Deutschen mit der eines Franzosen, so kommen wir zu folgendem Ergebnis: Die Nettozahlungen pro Kopf unterscheiden sich in diesen beiden Ländern um $95,2 - 73,04 = 22,15$ Euro (23,27 Prozent), die ein Franzose weniger zu zahlen hat als ein Deutscher. Vergleicht man diese niedrigere Nettozahlung mit dem BIP je Kopf, das in Frankreich um $31.689 - 30.320 = 1.369$ Euro höher ist, so kommt man zu dem erstaunlichen Ergebnis, dass der deutsche Bürger um 22,15 Euro mehr bezahlt, obwohl sein Einkommen (gemessen am BIP pro Kopf) um 1.369 Euro niedriger ist. Das macht bei 82 Mio. Bürgern immerhin den stattlichen Betrag von $(22,15 * 82 \text{ Mio.}) = 1,832$ Mrd. Euro aus!

Betrachten wir jetzt noch Situation der Netto-Empfänger Länder. Diese Länder brauchen in Höhe der ihnen zufließenden Gelder keine eigenen Steuern erheben! Das verschafft ihnen Unternehmen erhebliche Wettbewerbsvorteile. Sie verfügen über Gelder, die in ande-

ren Volkswirtschaften von deren Produktionsfaktoren (Arbeit und Kapital) erarbeitet werden mussten. Diese Gelder hätten, wenn sie richtig angelegt würden, sogar einen Multiplikator-Effekt zur Folge, d.h. sie könnten das BIP (Volkseinkommen) um ein Mehrfaches steigern. Ganz anders sind die Auswirkungen in den Volkswirtschaften, denen die Gelder entzogen werden. Hier wird der Geldabfluss die Produktion und Beschäftigung verringern, weshalb es zu erhöhter Arbeitslosigkeit und einer Verringerung des Wirtschaftswachstum kommen muss.

Erkenntnis und erstes Zwischenergebnis:

Die Nettoszahungen der Deutschen, gemessen am BIP/Kopf, sind im Vergleich zu allen anderen Nettozahlern am höchsten! Warum ist das eigentlich so? Wenn man schon der Meinung ist, dass diese Subventionierung fremder Volkswirtschaften notwendig und eine gute Sache sei, weil die europäischen Länder eine Schicksalsgemeinschaft bilden, weshalb die „reichen Länder“ die „Habenichtse“ alimentieren sollten, warum **werden dann die Transferzahlungen nicht gerecht auf die Nettozahler verteilt?**

Wie eine gerechte Verteilung der Zahllast aussieht, zeigt die nachstehende Tabelle:

1	2	3	4	5	6	7	8
					Nettozahlung/Kopf bei gleicher Belast.Quote		
Jahr 2008 Nettozahler	Nettozahlg. Mio. Euro	Nettozahlg. € je Kopf	BIP in Mio. €	BIP je Kopf	bei BelQuo 0,232%	Mehr/Mind. Belast./Ko	Belast Änd. ges. (Mio €)
Deutschland	7.836	95,20	2.495.800	30.320	70,25	-24,95	-2.053,70
Italien	4.637	78,42	1.567.851	26.515	61,43	-16,99	-1.004,58
Frankreich	4.495	73,04	1.943.436	31.581	73,17	0,12	7,58
Niederlande	1.551	94,82	595.883	36.428	84,40	-10,42	-170,45
England	993	16,32	1.818.948	29.891	69,25	52,93	3.221,16
Σ bzw. Ø	19.512		8.421.918			0,70	0,00
Σ NettoZa : Σ BIP =		0,232%					

Wenn man die Summe der Nettozahlungen in Höhe von 19.512 Mio. Euro (Spalte 2) auf die Nettozahlungsländer gleich und damit gerecht verteilen will, muss man fragen, wie viel Prozent diese Summe im Verhältnis zu der Summe des BIP (Spalte 4) beträgt. Die Rechnung Summe Nettozahlungen dividiert durch Summe BIP liefert uns diesen Prozentsatz. Er beträgt 0,232 Prozent.

Bei diesem für alle Nettozahler gleichen Prozentsatz hätte jeder Deutsche nicht 95,20 Euro (Spalte 3), sondern 70,25 Euro (Spalte 6) zu bezahlen. Das wäre eine Entlastung von 24,95 Euro pro Kopf und für die gesamte deutsche Volkswirtschaft eine Entlastung von 2,053 Mrd. Euro allein im Jahr 2008. Für Italien und die Niederlande ergäben sich ebenfalls Entlastungen. Frankreich und England hätten mehr zu zahlen, insbesondere England hätte fast doppelt so viel in die EU-Kasse einzuzahlen!

Unsere Rechnung für das Jahr 2008 berücksichtigte nur die großen EU-Nettozahler. Es stellt sich deshalb die Frage, ob sich die Ergebnisse ändern, wenn wir alle Nettozahler in die Rechnung mit einbeziehen?

Jetzt ergibt sich folgendes Bild:

1	2	3	4	5	6	7	8
					Nettozahlung bei gleicher Belast.Quote		
Jahr 2008 Nettozahler	Nettozahlg. Mio. Euro	Nettozahlg. € je Kopf	BIP in Mio. €	BIP je Kopf	bei BelQuo 0,228%	Mehr/Mind. Belast./Ko	Belast Änd. ges. (Mio €)
Schweden	1.075	118	328.088	36.001	81,95	-36,05	-328,54
Dänemark	621	114	233.027	42.780	97,38	-16,62	-90,53
Deutschland	7.820	95	2.495.800	30.320	69,02	-25,98	-2.138,73
Niederlande	1.538	94	595.883	36.428	82,92	-11,08	-181,24
Belgien	836	79	344.676	32.564	74,13	-4,87	-51,59
Italien	4.553	77	1.567.851	26.515	60,36	-16,64	-984,21
Finnland	380	72	184.179	34.903	79,45	7,45	39,31
Frankreich	4.246	69	1.950.085	31.689	72,13	3,13	192,83
Luxemburg	31	65	39.348	82.632	188,10	123,10	58,62
Österreich	340	41	281.868	33.964	77,31	36,31	301,36
Zypern	23	30	17.248	22.150	50,42	20,42	15,90
England	974	16	1.818.948	29.891	68,04	52,04	3.166,83
Σ bzw. Ø	22.437		9.857.001	439.837			0,00

Σ NettoZa : Σ BIP = $\frac{22.437}{9.857.001} = 0,228\%$

Die für alle gleich hohe Belastungsquote ändert sich nur geringfügig, sie beträgt jetzt 0,228 Prozent. Die obere Tabellenhälfte zeigt in den Spalten 7 und 8 die Minderbelastung und in der unteren Tabellenhälfte die Mehrbelastung der Nettozahlungsländer.³

Die Milliardenvorteile aus der Euro-Dividende

Was versteht man unter Euro-Dividende?

Die Europäische Union brachte einzelnen Ländern nicht nur direkte Subventionszahlungen aus der EU-Kasse, sondern durch die gemeinsame Euro-Währung auch beträchtliche Zinersparnisse. Für sie hat sich der Begriff „Eurodividende“ eingebürgert. Vor allem Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien zahlten nach ihrem Beitritt zur gemeinsamen Währungsunion für ihre Staatsschulden wesentlich niedrigere Schuldzinsen als zuvor. Wir gehen der Frage nach, wie sie zustande kam und welchen Ländern sie Ersparnisse in zweistelliger Milliardenhöhe brachte?

Hohe Zinssätze mussten alle Länder zahlen, die eine permanente Inflation (Geldentwertung) hatten, weshalb sie ihre Währung ständig abwerten mussten. Beides ergab sich als zwangsläufige Folge der hohen Staatsverschuldung. Die Gläubiger (Banken) haben deshalb diese Entwertung in ihre Kreditzinsen einkalkuliert und höhere Zinsen als bei Ländern mit gemäßiger Inflationsrate verlangt, deren Währungen eher auf- als abgewertet wurden. Mit dem Eintritt in die Euro-Währungsunion fiel dieses Verlustrisiko weg, schließlich war die Geldwertstabilität im Euro-Raum das oberste Ziel der EZB. Jetzt konnten sich alle Euro-Länder zu den gleichen Bedingungen wie z.B. Deutschland verschulden, das schon immer wesentlich niedrigere Zinsen gezahlt hatte. Am Beispiel Italiens und Griechenlands soll das Entstehen und das Ausmaß der Euro-Dividende veranschaulicht werden.

³ Die Nettozahlungsbelastungen der Jahre 1995 – 2008 sind in „EU und Euro am Abgrund Teil 12“ unter www.hpatzak.de nachzulesen

			Bei Zinssatz	
Italien	1996	2008	wie 1996	Zinnersparnis
Schuld (Mrd. €)	1.200	1.600		
Zinsen (Mrd. €)	115	80	153	73
Zinssatz	9,58%	5,00%		

Wir sehen: Im Jahr 1996 (vor dem Beitritt zur Euro-Währung im Jahr 1999) musste Italien für 1.200 Mrd. Euro Schulden 115 Mrd. Euro Zinsen bezahlen, was einem durchschnittlichen Zinssatz von 9,58 Prozent entspricht. Im Jahr 2008 bezahlte Italien für eine um 400 Mrd. Euro höhere Schuld von 1.600 Mrd. Euro nur 80 Mrd. Euro Zinsen, was einem durchschnittlichen Zinssatz von 5 Prozent entspricht. Hätte der italienische Staat im Jahr 2008 seine Schulden noch mit 9,58 Prozent verzinsen müssen, hätte seine Zinsbelastung $1.600 * 9,58 \% = 153$ Mrd. Euro betragen. Die gemeinsame Euro-Währung hat dem Italienischen Staat also allein im Jahr 2008 einen geldwerten Vorteil von $153 - 80 = 73$ Mrd. Euro gebracht.

Für Italien ergibt sich also folgende Erkenntnis:

Zusätzlich zu den direkten Subventionen aus der EU-Kasse erhöhte die Euro-Dividende die verfügbare Geldmenge der ehemaligen Inflationsländer. Bei den Nettozahlungsländern, deren Nettozahlungsquote ohnehin schon ungerecht niedrig ist, wird diese Quote nochmals sinken oder gar überkompensiert. Das Beispiel Italien veranschaulicht diesen Sachverhalt:

Italiens Nettozahlung betrug im Jahr 2008 rund 4,6 Mrd. Euro. Berücksichtigt man jetzt noch die Zinnersparnis des Landes in Höhe von 73 Mrd. Euro, so erkennt man, dass **Italien** im Nettoeffekt (aus Nettozahlung und Eurodividende) weit mehr erhalten als gezahlt hat. **Sein „Netto-Vorteil“ errechnet sich mit $73 - 4,6 = 68,4$ Mrd. Euro!**

Wenden wir uns nun dem Beispiel „Griechenland“ zu:

Griechenland	1996	2008	Griechenland hat zwar ein wesentlich geringeres BIP, doch die Einsparungen aus der Eurodividende haben eine vergleichbare Dimension.
Verb. Mrd. €	100	240	
Zinssatz	10,50%	4,60%	
Zinsen Mrd. €	10,5	11,04	
ursprüngliche Zi.		25,20	
Zinnersparnis		-14,16	

Im Gegensatz zu Italien sind die griechischen Schulden nach dem Beitritt zur Euro-Zone allerdings weit höher angestiegen, um das 2,4 fache! Im Jahr 2008 zahlte der griechische Staat bei einem durchschnittlichen Zinssatz von 4,6 Prozent 11,04 Mrd. Euro an Zinskosten. Bei einem Zinssatz von 10,5 Prozent – wie im Jahr 1996 – hätte Griechenland 25,20 Mrd. Euro Zinsen, also 14,6 Mrd. Euro mehr zahlen müssen.

Griechenland	1996	2008	Änderung
Verb. Mrd. €	100	240	140%
Zinssatz	10,5%	4,6%	-56,2%
Zinsen Mrd. €	10,5	11,04	
ursprüngliche Zi.		25,20	
Zinnersparnis		-14,16	

Für Griechenland ergibt sich also folgende Erkenntnis:

Der Gesamtvorteil mit 6,2 Mrd. Euro Nettozahlung aus der EU-Kasse plus 14,16 Mrd. Zinnersparnis auf 20,36 Mrd. Euro. Das sind, gemessen am gesamten BIP Griechenlands 8,51 Prozent im Jahr 2008! Diesen Vorteil hat das Land allein durch die Zugehörigkeit zur EU und zur Euro-Union erzielt. Kein Grieche musste dafür auch nur einen Finger krumm machen!

Hinsichtlich der Euro-Dividende ergibt sich somit folgende **Gesamterkenntnis**:

Was am Beispiel Italiens und Griechenlands aufgezeigt wurde, gilt in gleicher Weise für alle anderen ehemals inflationären und hochverschuldeten Euro-Staaten. Die Euro-Dividende brachte ihnen noch größere Vorteile als die Subventionszahlungen der EU-Nettozahlungsländer. Natürlich drängt sich dem Betrachter die Frage auf, was eine so reich beschenkte Volkswirtschaft wie Griechenland mit diesen (1) Zahlungen und (2) Einsparungen alles hätte anfangen können? Griechenland hat damit nicht die verschlammte Wirtschaft und den ineffizienten Staatsapparat reformiert, es hat die Staatsausgaben, genauer die staatlichen Konsumausgaben wie Gehälter und Subventionen und die Staatsschulden Jahr für Jahr erhöht.

Welche Lehren ergeben sich für die Politik?

Mit Schulden reich werden, das war die Devise dieser Zeit. Das hatten die erfolgreichen Spekulanten in Wirtschaft und Finanzmärkten den Staaten vorgemacht! Konnte man die Schulden – stetiges Wirtschaftswachstum vorausgesetzt – nicht in späteren Jahren mit lockerer Hand zurückzahlen? Dieses Denken beherrschte die Staatenlenker aus allen Parteien und Ländern, die ein Ziel über alle anderen stellten: Wieder gewählt zu werden!

Die bitterste Erkenntnis für die blindeifrigen Euroverfechter der politischen Führungsriege in Europa ist allerdings die **Tatsache**, dass die reichen Geschenke aus **EU-Transferzahlungen und Euro-Dividende die Produktivitätsunterschiede der europäischen Volkswirtschaften** nicht verringert, sondern sogar **vergrößert** hat. So stiegen in den letzten 10 Jahren in Portugal z.B. die Lohnstückkosten viermal so schnell wie die Produktivität, während in Deutschland beide Kennzahlen sich parallel entwickelten.⁴ Die meisten europäischen Volkswirtschaften erlitten auf diese Weise Einbußen bei der Wettbewerbsfähigkeit. Die politischen Fanatiker sind ihrer **Europa-Ideologie** aber so sehr verfallen, dass sie diese **Tatsache ignorieren** und ihr Ziel in gläubiger Besessenheit weiterverfolgen, **koste es was es wolle** (EU-Kommissionspräsident Barroso).

EU und Euro sind gescheitert. Europa wird – auch wenn seine Politiker das nicht wahr haben wollen – in der Welt weiter an Geltung verlieren.⁵

Das Wirtschaftswachstum der europäischen Länder unter dem EU- und Euro-Regime

Die EU- und Euro-Regulierungen sind Eingriffe in das Marktgeschehen. Sie haben die Funktionen des Marktmechanismus in die Irre geleitet. Diese Funktionen sind

- Signalfunktion (zeigt die Knappheit der Güter und Ressourcen an),
- Ausgleichsfunktion (Angebot und Nachfrage tendieren ständig zum Ausgleich in einem Gleichgewichtspreis und
- Lenkungsfunktion (die Produktionsfaktoren werden an den Ort größter Effizienz gelenkt).

⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 04.10.2010 Seite 14.

⁵ In Kapitel 1.2 „Ist Deutschland der eigentliche Gewinner des Euro und der EU“ wurden insgesamt sechs Wege der Einkommensumverteilung genannt, deren Bedeutung nicht minder groß ist wie die Subventionierung durch die direkten Transferzahlungen und die Euro-Dividende. Ihre Darlegung hätte den zeitlichen Rahmen eines Vortrags gesprengt. Der interessierte Leser kann sie in dem Aufsatz-Zyklus „EU und Euro am Abgrund“ auf der Weltnetzseite www.hpatzak.de nachlesen.

Am deutlichsten kommt dies in den veränderten Wachstumsraten der europäischen Volkswirtschaften zum Ausdruck.

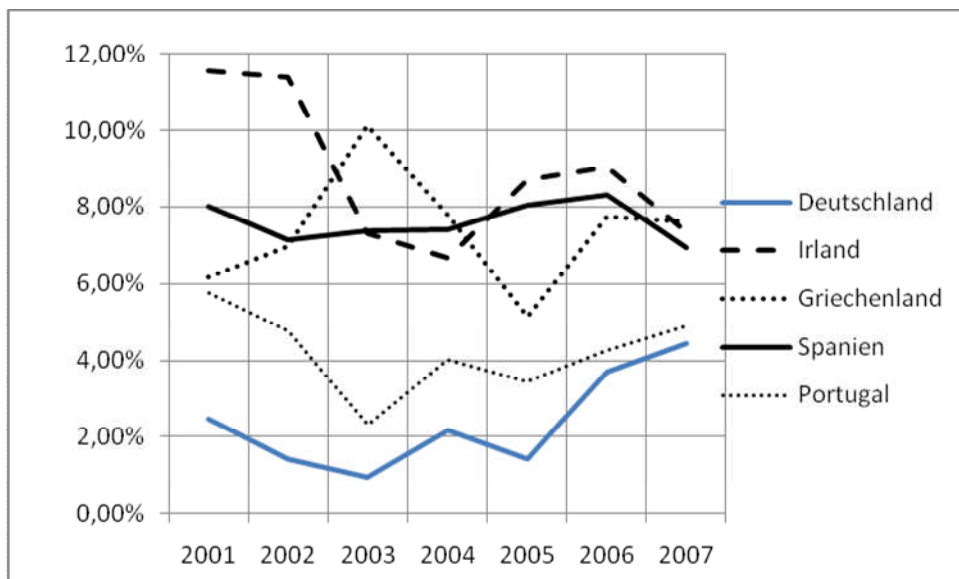
Die EU und Euro-Regulierungen begünstigten das Wirtschaftswachstum der peripheren Euro-Staaten. Den größten volkswirtschaftlichen Nutzen durch EU und Euro haben jene europäischen Staaten erzielt, denen heute die Zahlungsunfähigkeit droht.

Die nachstehende Tabelle zeigt das ganze Ausmaß dieser Wachstumsverlagerungen in der EU.⁶

BIP	In Mio. Euro		Veränd %	Ø % Ändg.	Vergl zu Deutschland	
	2000	2009			Faktor	Prozent
Deutschland	2.062.500	2.407.200	16,7%	1,9%		
Irland	104.830	163.543	56,0%	6,2%	3,35	335,12%
Griechenland	137.930	237.494	72,2%	8,0%	4,32	431,91%
Spanien	630.263	1.051.151	66,8%	7,4%	4,00	399,57%
Portugal	122.270	163.891	34,0%	3,8%	2,04	203,68%

Die Wachstumsraten zeigen natürlich auch die Wohlfahrtssteigerung in den Jahren 2000-2009. Deutschland erzielte in diesen 10 Jahren insgesamt ein Wachstum von 16,7% was einer durchschnittlichen Veränderung (pro Jahr) von 1,9 Prozent entspricht. Die Wachstumsrate Portugals ist demgegenüber doppelt so groß (3,8 Prozent). Die Wachstumsrate Griechenlands war 4,32 mal so groß!

Die Wachstumsraten in den Jahren 2001-2007 werden in der unten stehenden Graphik nochmals veranschaulicht.⁷



Die Erkenntnisse aus den Umschichtungen der Wachstumsraten:

Die deutsche Wachstumsrate liegt deutlich unterhalb der Raten der hochverschuldeten, peripheren Euro-Staaten. Das Ausmaß dieser Wachstumsdivergenzen wird manchen unbekümmerten Leser der deutschen Medien, der sich gut informiert glaubt, überraschen. Solche Zahlen wird er in deutschen Zeitungen und Fachjournalen vergeblich suchen. Es handelt sich um politisch gewollte **Einkommensumverteilungen** zwischen den europäi-

⁶ Datenquelle: EuroStat, [tec00001] - Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen; Millionen Euro (ab 1.1.1999)/Millionen Ecu (bis zum 31.12.1998) zu jeweiligen Marktpreisen.

⁷ Datenquelle ebenda.

schen Nationen, die den Deutschen nicht unbedingt „auf die Nase gebunden“ werden sollen.

Den Deutschen hat die Entwicklung zum Globalkapitalismus, seine Umsetzung in der EU und die Einführung einer gemeinsamen Euro-Währung für die EU-Kernländer eine **relative Verarmung** gebracht. Zur Zeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ waren soziale Einschnitte von der Art „Hartz IV“ nicht nötig, ihre Notwendigkeit ergab sich erst durch den Globalkapitalismus im Zusammenwirkung mit dem EU- und Euro-Regime. Man kann es mit dem Volksmund auch so formulieren: „Von da an gings bergab“.

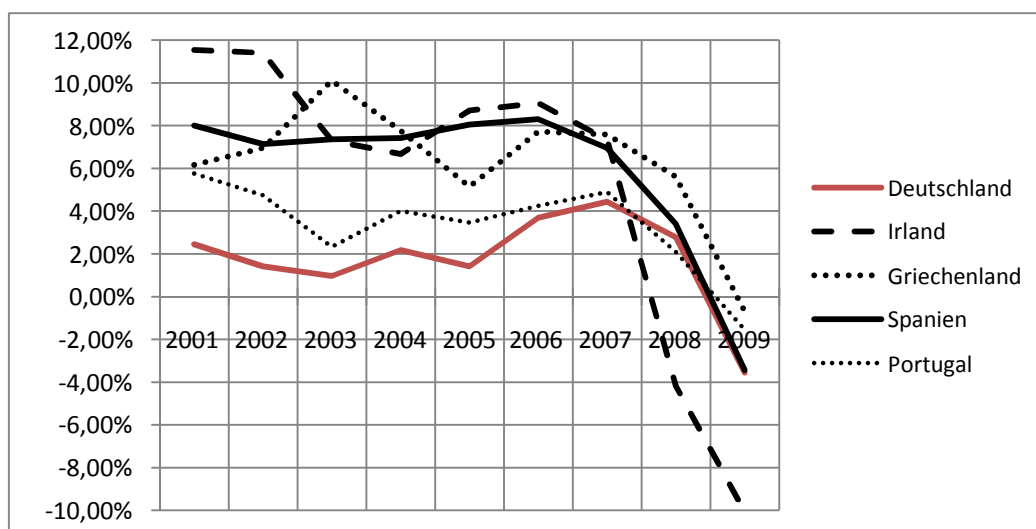
Die Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise

Im Jahr 2007 platzte nicht nur eine Finanz- und Spekulationsblase, Die Finanz- und Wirtschaftskrise ließ auch die Illusionen der EU- und Euro-Ideologen zerplatzen.

Unsere obige Graphik der Wachstumspfade endete mit dem Jahr 2007. Danach wurde die Entwicklung allerdings erst interessant, denn im Sommer 2007 begann die „Zweite Große Weltwirtschaftskrise“ des Industriezeitalters. Ihr Sog erfasste alle Volkswirtschaften der Welt und wurde für den Euro zum Härtesten, an dem das Truggebilde der EU- und Euro-Protagonisten zerbrach.

Es brach an den ungleichen Wirtschaftsstrukturen und den ungleichen Mentalitäten der Menschen in den europäischen Ländern! Derart heterogene Volkswirtschaften wie die Europas können nicht durch eine einheitliche Geldpolitik mit einem einheitlicher Zinssatz für alle Volkswirtschaften gesteuert werden!

Welches Ausmaß die Krise für die von der EU so „hoch gepöppelten“ und hoch verschuldeten Euro-Staaten hatte, geht aus dem Absturz der Wachstumsraten hervor, den nachstehende Graphik veranschaulicht:



Seit dem Jahr 2007 haben alle Wirtschaftsnationen einen Einbruch erlebt, wie er von den Ökonomen nicht mehr für möglich gehalten wurde. Sie meinten, dass sie und die Politik aus den Lehren der Ersten Großen Weltwirtschaftskrise nach dem Ersten Weltkrieg gelernt und die geld- und finanzpolitischen Instrumente so weit entwickelt hätten, dass sie eine vergleichbare Krise jetzt jederzeit verhindern könnten. Doch nicht nur sie hatten gelernt, auch die Kapitalistische Wirtschaft hat sich weiter entwickelt.

Im Vergleich zu den 1920iger Jahren hatten sich insbesondere die Weltfinanzmärkte weiter entwickelt. Und hier waren es vor allem die neuen Formen der Geld- und Kreditschöpfung und die neuen Varianten der Spekulation, die sich als nicht beherrschbar erwiesen. Dabei hatten sowohl die Ökonomen der Finanzindustrie als auch die Politiker behauptet, dass die modernen Techniken der Spekulation die Risiken vermindern würden.

Ökonomisch-technisch gesehen kam es zu einer „Blasenbildung“, wie die Ökonomen heute sagen. Es zeigte sich, dass die größte Volkswirtschaft der Welt, die USA, das künstlich mit hohen Schulden und niedrigen Zinsen erzeugte Wachstum auf dem Immobiliensektor auf Dauer nicht aufrechterhalten konnte. Ausgehend vom US-Immobilienmarkt und seiner ökonomisch verantwortungslosen Finanzierung verbreitete sich seit Sommer 2007 die Finanzkrise über die ganze Welt. Die Motive der Niedrigzinspolitik in den USA waren allerdings politischer Natur.

Das europäische Kapital hatte sich nicht nur kräftig an den amerikanischen Geld- und Kreditschöpfungsorgien beteiligt, man hatte sie auch abgekupfert. Es zeigte sich, dass in den „von der EU gehätschelten“ Randstaaten ähnliche „Blasengebilde“ wie in den USA entstanden waren: Die neue Devise der modernen Alchimisten war es, mittels Schulden Wachstum und Wohlstand zu kreieren! In Spanien und England waren es in erster Linie die Immobilienmärkte, die auf diese Weise expandiert hatten und zusammenbrachen, in Irland war es auswuchernde Finanzindustrie, die sich überschuldete, in Griechenland und Portugal waren es die direkten Staatsschulden, deren Rückzahlung infolge des allgemeinen Wirtschaftseinbruchs in Gefahr geriet. Wie sich das Platzen dieser Blasen auf das Volkseinkommen der betroffenen Volkswirtschaften auswirkte, hat unsere obige Graphik anschaulich gezeigt.

Die geistigen Urheber des Globalkapitalismus und der Krise

Neben den technisch ökonomischen Ursachen der Krise, die wir bereits benannt haben und die auch in den Medien und der Fachliteratur ausgiebig behandelt werden, gibt es noch die fundamentalen geistigen Ursachen der Krise, über die wenig berichtet wird. Sie hat auch politisch-soziale Ursachen: Die US-Regierung wollte sich

- (1) die Gunst der Wähler kaufen und versprach jedem Amerikaner, der es wollte, ein Eigenheim. Die Regierung wollte damit auch die Bevölkerung ruhig stellen, die sich wegen der stetig vergrößerten Einkommensunterschiede, der sozialen und gesellschaftlichen Gegensätze und den bekannt niedrigen Sozialstandards seit jeher am Rande einer gesellschaftlichen Krise bewegt⁸.
- (2) Gleichzeitig hatte man mit den auf der Niedrigzinspolitik basierenden exzessiven neuen Geld- und Kreditschöpfungsmethoden und ihren unerhörten Renditen ein Instrument erfunden, das das Finanzkapital aus aller „Herren Länder“ anlockte. Auf diese Art und Weise konnte der Absturz des Dollar verhindert werden, der wegen der stetigen Haushalts- und Handelsbilanzdefizite nicht mehr zu vermeiden gewesen wäre.

Die geistigen Urheber von Globalkapitalismus und Krise sind eigentlich die Ideologien des Liberalismus und des Neoliberalismus. Der oberste Glaubenssatz beider Weltanschauungen, der auch die Leitidee des Globalkapitalismus ist, wurde von Adam Smith, vor über 200 Jahren, im Jahre 1776 in seinem Buch „Der Wohlstand der Nationen“ auf-

⁸ Eine Theorie die auch der Chicagoer Wirtschaftsprofessor und ehemaligen Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds (IWF), Raghuram Rajan vertritt.

gestellt. Es ist das bereits zitierte Gesetz der „**unsichtbaren Hand**“. Demnach braucht die Politik der Renditemaximierung in einer liberalen Marktwirtschaft nur freien Lauf zu lassen, um allen Menschen den größtmöglichen materiellen Wohlstand zu bringen. In Deutschland musste zuvor – vor dem Aufgehen im Globalkapitalismus – die Soziale Marktwirtschaft, die sich in den Nachkriegsjahrzehnten nur zu gut bewährt hatte, aufgelöst werden.

Die ganze Hybris des Globalkapitalismus kommt in den Worten des Vorstandsvorsitzenden der US-Investmentbank Goldman Sachs, Lloyd Blankfein, zum Ausdruck als er sagte: „Ich bin bloß ein Banker, der Gottes Werk verrichtet“⁹. Den Deutschen hat die Entwicklung zum Globalkapitalismus und seine Umsetzung in der EU sowie die Einführung einer gemeinsamen Euro-Währung für die EU-Kernländer eine **relative Verarmung** gebracht. Zur Zeit der „Sozialen Marktwirtschaft“ waren soziale Einschnitte von der Art „Hartz IV“ in Deutschland nicht nötig, ihre Notwendigkeit ergab sich erst mit der weltweiten Etablierung des Globalkapitalismus.

Politik und die Euro-Protagonisten ziehen keine Lehren

Die Weltwirtschaftskrise des 21. Jahrhunderts legte den Finger in die Wunde der EU! In einer Währungsunion, wie der Euro-Union, sind die einzelnen Volkswirtschaften nicht mehr durch Währungsgrenzen geschützt. Die Auswirkungen der Krise sind deshalb gravierender als in einer souveränen Volkswirtschaft. Keine andere Volkswirtschaft – außer Island – ist wegen der Krise in unmittelbare Insolvenzgefahr geraten.

Anders war dies bei den peripheren Euro-Staaten, die durch ihre maßlose Schuldenpolitik – die der Euro ermöglichte – in kürzester Zeit reich werden wollten. Das gelang ihnen auch. Eine Zeit lang zumindest bescherte ihnen der Euro und die Schuldenpolitik künstlich überhöhte Wachstumsraten. Jetzt belastet die Krise der Griechen, Iren, Spanier und Portugiesen auch noch alle übrigen Euro-Länder. Sie bürgen (haften) plötzlich für die Schulden der sogenannten Partnerländer, obwohl das in den EU-Verträgen ausdrücklich ausgeschlossen worden war.

Diese Schulden belasten natürlich in erster Linie die größte europäische Volkswirtschaft, die deutsche! Die Deutschen werden den größten Teil der Schulden ihrer „Partnerländer“ bezahlen müssen! Es zeigt sich, dass dem politischen Establishment in der EU die eigenen Verträge nichts gelten, wenn sie damit ihre weltanschaulichen Ziele gefährden. Diese Ziele heißen **EU und Euro, „koste es was es wolle“** (Barroso).

Bisher waren es die Deutschen, die sich die EU haben viel kosten lassen (müssen). Jetzt werden sie noch mehr zu berappen haben. Es waren, genau genommen, die deutschen Politiker, die ihrem Volk diesen Aderlass zugemutet haben, jetzt zum wiederholten Male.

Aber **nicht nur die Wirtschaftskrise** allein brachte das Gebäude der EU- und Europrotagonisten ins Wanken. Es war die EU selbst, die das eigene „Gebäude“ unterminierte. Sie gibt vor, innerhalb des gemeinsamen Marktes für die Einhaltung der Marktgesetze und den freien Wettbewerb zu sorgen. Sie verbietet den Mitgliedsländern, einzelne Unternehmen oder gar ganze Wirtschaftszweige zu subventionieren. Zu diesem Zweck hat man von Anfang an eine eigene EU-Kommission, die Wettbewerbskommission, eingerichtet, die das Subventionsverbot rigoros überwacht. Jeder geringste Verstoß, ob bei Banken oder Sparkassen, in der Schwerindustrie, Chemie-, Kraftfahrzeugindustrie oder im Handel, wird mit hohen Strafen belegt. Der gesamte „Aufbau-Ost“ nach der Wieder-

⁹ „Der Spiegel“, 2009, Nr. 48, Seite 73.

vereinigung wurde auf diese Weise unter Kuratel gestellt, so dass die heruntergewirtschaftete DDR-Industrie nicht von Deutschen für Deutsche aufgebaut werden konnte, sondern dem internationalen Kapital zum Aufkauf in freier Selbstbedienung ausgeliefert wurde. Das alles geschah unter dem Dogma des freien Wettbewerbs und Kapitalverkehrs.

Subventionen waren nur der EU erlaubt, dort wo sie es für notwendig hielt, z.B. auf dem Agrarsektor oder zum Ausbau der Infrastruktur in den europäischen Ländern, in denen es die EU-Behörden für nötig hielten. Das Geld berappten die Nettozahlungs-Länder, verteilt wurde es nach Gutdünken und Wertvorstellungen der EU-Kommission, die vom Politpersonal aus den Mitgliedsländern nach Proporz besetzt wird.

Und niemand will dabei gemerkt haben, dass just diese EU-Kommission, die vorgibt, den Wettbewerb zu schützen, diesem Wettbewerb schwersten Schaden zufügte, indem sie jedes Jahr die ihrer Ansicht nach bedürftigen Länder in zweistelliger Milliardenhöhe subventionierte, ihnen in noch größerer Höhe die Euro-Dividende bescherte und durch den (niedrigen) Einheitszinssatz der EZB den Kapitalstrom in die begünstigten peripheren Euro-Länder lenkte? Nicht nur die Finanzindustrie und die Spekulanten haben Blasen erzeugt, die diese Wirtschaftskrise auslösten. Die EU und das Euro-Regime selbst haben die Ungleichgewichte geschaffen, die jetzt zum Einsturz führen können.

Epilog: Die Euro-Rettung stößt auf die einhellige Kritik der deutschen Ökonomen

Es gab nur wenige deutsche Ökonomie-Professoren, die die Unterzeichnung der beiden Pakete zum Schutz der insolvenzgefährdeten Euro-Länder befürworteten. Bekannt wurde eigentlich nur Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrates, den die Gewerkschaften in dem in Deutschland üblichen Proporz gestellt haben. Die überwiegende Mehrzahl der akademischen Lehrer sprach sich deutlich gegen die Rettungspakte aus. Vier von ihnen taten sich besonders hervor. Es sind die zur Elite der deutschen Ökonomie-Professoren zählenden Clemens Fuest, Wolfgang Franz, Martin Hellwig und Hans-Werner Sinn¹⁰. Sie gehen allerdings nicht so weit, den Euro oder gar die EU selbst in Frage zu stellen, obwohl sie in ihrer Analyse das Euro-Regime für die Fehlentwicklungen und entstandenen Schäden verantwortlich machen. Sie bekennen sich ausdrücklich zur EU, dem Euro und zur Integration Europas und haben 10 Regeln aufgestellt, wie der Euro zu retten ist¹¹. Einigen davon sei an dieser Stelle der Raum für das Schlusswort zu diesem Vortrag eingeräumt¹²:

„Die aktuelle Krise beruht auf den Schulden- und Finanzproblemen einiger Mitgliedsstaaten. Unter dem Euro ist es in den Ländern der Euro-Zone zu einer Konvergenz der Zinssätze gekommen. Noch 1995 mussten die ursprünglichen Mitglieder der Europäischen Währungsunion (außer Deutschland) für ihre Staatsanleihen durchschnittlich 2,6 Prozentpunkte mehr Zinsen bezahlen als Deutschland, einige von ihnen sogar 6 Prozent-

¹⁰ Clemens Fuest ist Professor für Unternehmensbesteuerung an der Universität Oxford und Leiter des wissenschaftlichen Beirates beim Bundesfinanzministerium, Wolfgang Franz ist Mitglied des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Martin Hellwig war Vorsitzender der deutschen Monopolkommission und lehrt an der Universität Mannheim, Hans Werner Sinn ist Leiter des IFO – Institutes in München.

¹¹ Wie fragwürdig diese Regeln sind, können Sie lesen in: „EU und Euro am Abgrund, Teil 15“ auf der Internetseite www.hpatzak.de.

¹² Aus: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18.06.2010 Seite 10.

punkte mehr. Mit der Einführung des Euro ist dieser Zinsaufschlag fast vollständig verschwunden.“

„Es wurde **ein gemeinsamer Kapitalmarkt geschaffen**, der insbesondere den Ländern der südwestlichen Peripherie Europas bis dato ungewohnt günstige Finanzierungsbedingungen beschert hat. Das galt nicht nur für den Staat, sondern auch für private Schuldner. Als Folge kam es zu **einem gewaltigen Kapitalfluss in diese Länder**, der dort einen Bau- und Investitionsboom ermöglichte. Jedoch fehlte es an wirksamen Mechanismen zur Begrenzung der öffentlichen und privaten Schuldenaufnahme¹³. In vielen Ländern entartete der Bauboom zu einer Spekulationsblase. Das Platzen dieser Blasen bedroht jetzt die Solvenz der Banken.“

Und jetzt kommen die Wirtschaftsprofessoren auf die Folgen für die deutsche Wirtschaft zu sprechen: „In Deutschland war die Entwicklung umgekehrt. Die Ersparnisse wurden auf dem Wege über die Banken überwiegend exportiert, nur noch sehr wenig Geld wurde im Inland investiert. Die Binnenkonjunktur erlahmte, Löhne und Preise stiegen nur noch langsam.“

Und die Professoren werden noch deutlicher: „**Den Außenhandelsüberschuss und den damit verbundenen Verlust an Investitionskapital als Zeichen der Stärke Deutschlands anzusehen, gehört zu den fast schon tragisch zu nennenden Denkfehlern des politischen Diskurses.** Deutschlands Nettoinvestitionsquote war im Mittel der Jahre 1995 bis 2008 die niedrigste aller OECD-Länder. **2008 wurden nur 40 Prozent des Sparaufkommens in Deutschland selbst investiert.** Dementsprechend niedrig war das Wirtschaftswachstum. **Für die Jahre 1995 bis 2008 insgesamt lag das reale Wachstum in Deutschland bei 22 Prozent, auf einem der letzten Plätze der OECD.** Portugal etwa verzeichnete 33, Spanien 56, Griechenland 61 und Irland 124 Prozent Wachstum.“

Diese Ursachen-Analyse deckt sich mit Erkenntnissen, die in diesem Vortrag herausgearbeitet wurden. Die Schlussfolgerungen, die die Wirtschaftsprofessoren ziehen, sind allerdings paradox, um nicht zu sagen schizophran! Sie gehen von der EU und dem Euro als einem von der Politik gesetztem Axiom aus. Sie sagen wörtlich: „*Der Euro ist ein wesentliches Element der europäischen Integration*“. Damit stellen sie ein auf politischen Werturteilen begründetes Ziel (europäische Integration) über ihre Aufgabe als Wirtschaftswissenschaftler, den Menschen den Weg zur bestmöglichen Bedürfnisbefriedigung zu zeigen. Sie verstehen sich nicht als selbständig denkende politische Köpfe, sondern sie sehen ihre Aufgabe als Handlanger, die ihr handwerkliches Können in den Dienst der Politik stellen.

Das Recht dazu haben sie, sie hätten es auch in jedem anderen politischen System. In einem freiheitlich demokratischen Staat sollten allerdings auch jene freien Denker respektiert und nicht Sanktionen und Ausgrenzungen unterworfen werden, die andere Meinungen vertreten als die herrschende politische Klasse und diese für jeden nachvollziehbar begründen.

Davon ist die deutsche Demokratie und der deutsche Rechtsstaat noch weit entfernt.

¹³ Die günstigen Finanzierungsbedingungen (niedrige Zinssätze) sind auf den für alle Euro-Länder gleich niedrigen Zinssatz zurückzuführen, denn die EZB kann nicht für Spanien höhere Zinssätze festlegen als für Deutschland!